schwenkens, ist Zweiter Vorsitzender der Deutschen Freiheits-Partei, einer Splittergruppe der Deutschen Reichspartei, im Kreis Lauenburg.

Angesichts so bizarrer Wucherungen begann ein hastiges Distanzieren. Drei Bundestagsabgeordnete, die ihr Erscheinen in Itzehoe in Aussicht gestellt hatten, sagten ab. Auch der ehemalige Staatssekretär im Reichsernährungsministerium und kampflustige Vertreter bäuerlicher Interessen, Hans Joachim von Rohr, verzichtete auf eine Reise nach Itzehoe.

Notgemeinschaftler Kaczenski, den Holländer als Star eingeplant hatte, beeilte sich ebenfalls, Abstand zu gewinnen: „Das ist ein ganz wildes Unternehmen. Mit Kommunisten will ich nichts zu tun haben."

Von Kaczenski selbst hatte sich inzwischen Edmund Rehwinkel abgesetzt. In einem Brief vom 6. Mai „untersagte" er dem Revoluzzer, „meinen Namen zu mißbrauchen". Einen Durchschlag des Briefes nahm Rehwinkel als Alibi am folgenden Tag mit nach Bonn, wo sein Verbandspräsidium zu einer Routinesitzung zusammentrat.

Doch statt Routine gab es Krach. Rehwinkels Forderung, für den 10. Juni eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen, die das künftige Verhalten des DBV festlegen sollte, führte ihn herbei. Die christdemokratischen Mitglieder des Präsidiums waren dagegen, weil sie fürchten mußten, die Vollversammlung könne das Präsidium auf einen harten Kurs gegenüber der Bundesregierung drängen.

Als über diesen Punkt keine Einigung zu erzielen war, erklärte Rehwinkel — „Man kriegt's ja satt" — kurzerhand seinen Rücktritt. Um unmittelbar vor der Niedersachsen-Wahl eine Spaltung des Bauernverbands in Regierungstreue und Oppositionelle zu verhindern, beugten sich daraufhin die CDU/CSU-Verbandsfunktionäre dem Begehren Rehwinkels und bewogen den rauhbeinigen Niedersachsen in knapp zwei Stunden, auf seinen Präsidentensessel zurückzukehren.

Bei der nun bevorstehenden außerordentlichen Verbandstagung wollen die CDU-Präsidialen den Radaubrüdern der Notgemeinschaften mit einem eigenen Katalog neuer Subventionsforderungen die Schau stehlen. Deren wichtigste:

- ▷ Größere finanzielle Hilfe zur Strukturverbesserung,
- ▷ ein Zinssatz von drei Prozent für alle nicht zweckgebundenen Landwirtschaftskredite und
- ▷ direkte Zuschüsse zum Einkommen, sogenannte produktionsneutrale Subventionen.

Ob allerdings mit solchen Wunschzetteln an die Bonner Adresse die CDU-Müdigkeit westdeutscher Bauern behoben werden kann, daran läßt die Tonart Rehwinkelscher Verlautbarungen zweifeln.

Seine Verbandspostille „Das Landvolk" monierte, daß der künftige Kanzler Erhard einer Beantwortung der zehn Sinsheimer Fragen Rehwinkels bislang ausgewichen sei. Der Agrarpräsident selbst murrte: „Wir sehen Erhards Kanzlerschaft mit einer gewissen Skepsis entgegen; denn er ist wohl anderen Wirtschaftskreisen und Berufssparten,



Bauern-Führer **Kaczenski**
Mit Tonband über Land

nicht aber uns ein guter Wirtschaftsminister gewesen."

Noch kerniger freilich sagte es Revolutionär Kaczenski: „Den wollen wir Bauern in keinster Weise als Kanzler sehen."

BUNDESVERMÖGEN

Methode Parkinson

Aus der Fachpresse erfuhr des Bundes jüngster Schatzminister, der Christsoziale Dr. Werner Dollinger, daß seine Beamten den Kapitalwert des Bundesvermögens stillschweigend um rund eine Million Mark vergrößert haben.

Dollinger hielt sich gerade zur Erholung in Ägypten auf, als die Geschäftsleitung der bundeseigenen Firma Prakla, Gesellschaft für praktische Lagerstättenforschung GmbH Hannover,



Bundesschatzminister **Dollinger**
Von Seismos nichts gewußt

am 4. März brieflich im Bonner Schatzministerium um die Genehmigung zur Übernahme eines Konkurrenzunternehmens nachsuchte. Die zum Verkauf stehende Firma war die Seismos GmbH aus dem Besitz der Thyssen-Gruppe.

Dollingers Prakla-Männer, die sich gewerblich mit der geophysikalischen Erforschung von Bodenschätzen beschäftigen (Jahresumsatz 1961: 31 Millionen Mark), wollten die Chance nutzen, ihren einzigen westdeutschen Konkurrenten, der ebenfalls in aller Welt nach Öl und Erzen forscht, zu schlucken und auszuschalten.

Die Seismos GmbH gilt als die älteste geophysikalische Prospektionsgesellschaft der Welt. Trotz eines Stammes hervorragender wissenschaftlicher Mitarbeiter und trotz bedeutsamer Lizenzen und Patente hatte das mangelhaft organisierte Unternehmen jedoch innerhalb zweier Jahre einen Verlust von mehr als einer Million Mark erlitten. Über die „Bank voor Handel en Scheepvaart, Rotterdam" bot deshalb der Thyssen-Konzern die Firma für eine Million Mark feil.

Die Bonner Schatzbeamten fragten im Bundesfinanzministerium nach, ob gegen den Erwerb der Privatfirma durch die bundeseigenen Prospektoren haushaltsrechtliche Bedenken bestünden. Das Finanzministerium stimmte dem Erwerb unter der Bedingung zu, daß keine Haushaltsmittel dafür erforderlich seien.

Da die Prakla imstande war, den Kaufpreis aus eigenen Mitteln bar zu bezahlen, konnte Dollingers Ministerialdirektor Freiherr von Süskind-Schwendi am 16. März die Genehmigung erteilen. Zwei Tage später beschloß der Prakla-Verwaltungsrat den Erwerb.

Als Werner Dollinger Anfang April aus Ägypten zurückkam, war er mithin, ohne es zu wissen, auch Herr über das neue Bundesunternehmen samt einer französischen Schwestergesellschaft namens „Catg". Sein Stellvertreter, der inzwischen als Finanzminister nach Schleswig-Holstein abgewanderte Staatssekretär Qualen, hatte von der Transaktion so wenig erfahren wie sein Chef.

Erst auf öffentliche Proteste in Fachzeitungen hin („Handelsblatt": „Verstaatlichung!") schreckte des Bundes treuhänderischer Konzernherr auf. Der Kauf ließ sich jedoch nicht mehr rückgängig machen, das Parkinsonsche Gesetz von der Akkumulation verwaltbarer Materie hatte sich erfüllt.

Um seine Beamten wieder auf die Hauptaufgabe seines Hauses, die Privatisierung staatlichen Wirtschaftsbesitzes, zu vergattern, verfügte Dollinger, was seinem Vorgänger offensichtlich niemals als notwendig erschienen war: Zu- und Verkäufe von Bundesvermögen bedürfen künftig der Genehmigung des Ministers.

OBERLÄNDER

Der Weg zurück

Seit Mittwoch vergangener Woche sitzt ein Mann wieder im Deutschen Bundestag, dessen Vergangenheit der Bundeskanzler selbst einst als „tiefbraun" empfand. Theodor Oberländer, vertriebener Minister, setzte sich auf den Platz der verstorbenen Abgeordneten Elisabeth Vietje aus Hannover.

Nicht allen seiner Parteifreunde ist der Heimkehrer freilich ganz geheuer:

Nur mäßiger Beifall erklang, als der Exminister von seiner Fraktion empfangen wurde. Es stand in der „Welt": „Sein Übel ist, daß er nie resigniert, immer dabeisein muß, und zwar möglichst weit vorn an der Spitze."

Eine Probe dieser Talente hatte Oberländer bereits 1960 abgelegt: Erst drei Tage nach seinem 55. Geburtstag, mit dem er Anspruch auf eine Ministerpension von rund 2000 Mark erwarb, hatte er nach monatelangen Protesten seiner Gegner die Bundesregierung verlassen.

Seine politische Karriere vom Reichsführer des „Bundes deutscher Osten" zum Teilnehmer am Einzug der Ukrainer-Einheit „Nachtigall" in Ostgalizien während des Hitler-Feldzuges gegen die Rote Armee und schließlich zum Vertriebenenminister der Bundesrepublik erreichte ihren Tiefpunkt, als er 1961 sogar auf sein Abgeordnetenmandat im Bundestag verzichten mußte.

Die Vorwürfe der Opposition, Oberländer sei mit seiner Vergangenheit im öffentlichen Leben der Bundesrepublik nicht tragbar, hatte den CDU-Kreisverband in Hildesheim damals bewogen, im Vertriebenen-Dorado Schleswig-Holstein Sympathien für die CDU werbe.

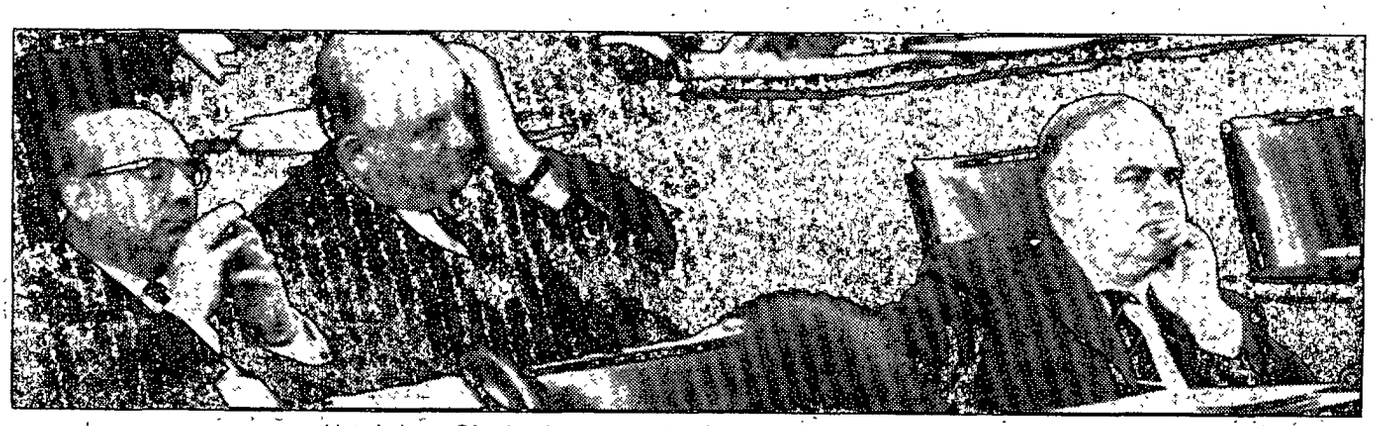
Im August 1962 griff Oberländer seine These vom ideologischen Krieg wieder auf. In einem Vortrag vor Hamburger Korporationsstudenten — die Polizei durchsuchte den Raum zuvor nach angeblich versteckten Bomben — qualifizierte er die Verfasser des Tübinger Memorandums als trojanische Esel, weil sie einen Verzicht auf die ehemals deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße gefordert hatten. Eben weil ideologischer Krieg herrsche, seien die Tübinger (Oberländer: „Leute, die bei uns nichts verloren haben") zu bestrafen.

Im oberbayrischen Freising antwortete Oberländer auf die Frage eines seiner Zuhörer von der „Jungen Union", ob er glaube, daß ein Verräter im SPD-Parteivorstand säße, süffisant: „Einer?"

Neue Freunde gewann Oberländer mit solchen Sprüchen nicht. Auch die von Oberländer einst betreuten Flüchtlinge meldeten jetzt gegen seine Rückkehr Bedenken an.

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen der Sowjetzonen-Flüchtlinge hat Bundestagspräsident Gerstenmaier gebeten, Oberländer zum Verzicht auf sein Mandat zu bewegen. Alle Bemühungen um eine Wiedervereinigung Deutschlands würden gefährdet, wenn sich Personen in den Vordergrund drängten, die für die deutsche Politik eine Belastung darstellten.

CDU-Parteispieß Dufhues verbarg sein Mißvergnügen über die Rückkehr Oberländers nur notdürftig: „Das muß er selbst mit seinem Gewissen abmachen."



Heimkehrer **Oberländer** (r.) im Bundestag: Wen die Nachtigall stört

Oberländers Wahlkreis einem anderen Bewerber zuzuteilen. Der verbitterte Ostexperte mußte sich mit dem 13. Platz auf der niedersächsischen CDU-Landesliste zufriedengeben.

Oberländer gab nicht auf. Er schrieb Artikel, hielt Vorträge und entwarf sogar einen Wiedervereinigungsplan.

Im rechtsmilitanten Frontkämpferblatt „Der Stahlhelm" proklamierte Oberländer einen „revolutionären Krieg" gegen die Sowjet-Union. Aber Kanonen wollte er nicht donnern hören. Vielmehr, so Oberländer, müßten zu diesem Krieg „Soldaten ohne Gewehr" eingezogen werden, denn er sei ideologisch und „am Rande der Demokratie" zu führen.

Im April 1962 fanden CDU/CSU-Politiker unter ihrer Post einen „Staatsvertrag mit Deutschland". Das als „streng vertraulich" bezeichnete Dokument enthielt einen Plan zur Wiedervereinigung Deutschlands. Entworfen hatte ihn der Bundesvertriebenenminister außer Diensten Theodor Oberländer als Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Oder-Neiße zusammen mit dem vielseitigen Würzburger Völkerrechts-Ordinarius Friedrich August Freiherr von der Heydte.

In der Bonner Papierflut ging der Plan unter, und Oberländer wurde von der CDU aufs Land geschickt, damit er unter den ehemaligen BHE-Anhängern

POLIZEI

DDR-STAATSSEKRETÄR

Mit 20 Mark in den Westen

Höflich hielt der Kriminalkommissar dem Fremden die Tür zum Nebenzimmer auf. Dann drehte er sich um und schritt in den Schankraum zurück. Den Staatssekretär im Ostberliner Gesundheitsministerium, Willi Jahnke (SED), erkannte er nicht.

Das war am Freitagnachmittag vorletzter Woche im Kölner Lokal Keldenich. Die Mitglieder des Präsidiums der VVN („Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes") hatten sich mit ausländischen Freunden nach einem turbulenten Tag zum „Kameradschaftsabend" in die Spirituosen-Oase zurückgezogen.

Ursprünglich konnten die VVN-Funktionäre auf einen normalen Ablauf ihres vom 10. bis 12. Mai nach Köln einberufenen Bundeskongresses hoffen. Der FDP-Bundestagsvizepräsident Thomas Dehler und der bayrische CSU-Landwirtschaftsminister Alois Hundhammer hatten dem VVN-Präsidium Grüße gesandt. Auch der Kölner Oberstadtdirektor und Kanzlersohn Max Adenauer wünschte am 22. April der in seiner Stadt geplanten Antifaschistentagung „einen erfolgreichen Verlauf".

Wenige Tage vor Kongreßbeginn verbot jedoch das Kölner Polizeipräsidium die Festveranstaltung.

Am 8. Mai meldete sich dann auch Max Adenauer noch einmal: „Auf Ihre Einladung vom 10. v. M. zur Teilnahme an dem Bundeskongreß vom 10./12. d. M. in Köln hatte ich mit einer Absage geantwortet. Bei der routinemäßigen Behandlung der Einladungen durch mein Büro ist hierbei im Schlußsatz zum Ausdruck gebracht, daß ich der Tagung einen erfolgreichen Verlauf wünsche. Diesen Zusatz ziehe ich hiermit ausdrücklich zurück."

Angesichts der kölnischen Unfreundlichkeit bliesen die VVN-Funktionäre den Kongreß ab und luden lediglich zu einer außerordentlichen Präsidiumstagung.

Eine Reihe von Ehrengästen erreichte die eilbriefliche Absage aber nicht mehr rechtzeitig. Auch der Abgesandte des „Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR", der Staatssekretär im Ostberliner Gesundheitsministerium, Willi Jahnke, konnte nicht mehr gebremst werden.

Im fahrplanmäßigen Interzonenzug passierte der SED-Mensch am Donnerstag vorletzter Woche die Zonengrenze. Bundesgrenzbeamte warfen einen Blick in seine Geldbörse. Sie fanden darin 20 Westmark, notierten als Reiseziel den Kölner VVN-Kongreß und ließen den Ulbricht-Gefolgsmann ziehen.

So großzügig die Grenzhüter waren, in Köln war man es nicht. Vor Beginn einer für Freitagmorgen 10.30 Uhr anberaumten Pressekonferenz der VVN-Leute kontrollierte der Chef des 14. (politischen) Kommissariats des Kölner Polizeipräsidiums, Kriminalkommissar Seyler, die Ausweise der Anwesenden. Unter Assistenz mehrerer Beamter suchte er SED-Jahnke, der vorläufig festgenommen und über die Zonengrenze abgeschoben werden sollte; der Ost-Staatssekretär war jedoch nicht da.

Polizeipräsident Hochstein deutete den Fehlschlag wenig später auf einer Poli-